

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

225. Sitzung

Berlin, Freitag, den 29. Mai 2009

Inhalt:

Begrüßung der amerikanischen Stipendiaten des Parlamentarischen Patenschafts-Programms	24855 A	Dr. Günter Krings (CDU/CSU)	24872 D
		Namentliche Abstimmung	24875 A
		Ergebnis	24875 C
Tagesordnungspunkt 36:			
a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Arti- kel 91 c, 91 d, 104 b, 109, 109 a, 115, 143 d) (Drucksachen 16/12410, 16/13221)	24855 C	Tagesordnungspunkt 37:	
b) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines Be- gleitgesetzes zur zweiten Föderalis- musreform (Drucksachen 16/12400, 16/13222) ..	24855 D	a) Antrag der Abgeordneten Silke Stokar von Neuforn, Volker Beck (Köln), Monika Lazar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grundrecht auf Datenschutz im öffent- lichen und privaten Bereich stärken (Drucksache 16/13170)	24878 A
– Bericht des Haushaltsausschusses ge- mäß § 96 der Geschäftsordnung (Drucksache 16/13223)	24855 D	b) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Renate Künast, Silke Stokar von Neuforn, Jerzy Montag, weiteren Ab- geordneten und der Fraktion BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Ent- wurfs eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2 a, 5 a, 13 a, 19) (Drucksachen 16/9607, 16/13218)	24878 A
Dr. Peter Struck (SPD)	24856 A	in Verbindung mit	
Dr. Volker Wissing (FDP)	24858 A	Zusatztagesordnungspunkt 7:	
Antje Tillmann (CDU/CSU)	24859 B	a) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Ent- wurfs eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (Drucksachen 16/10529, 16/10581, 16/13219)	24878 B
Bodo Ramelow (DIE LINKE)	24861 B	– Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines	
Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	24863 D		
Peer Steinbrück, Bundesminister BMF	24866 A		
Ernst Burgbacher (FDP)	24868 B		
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) (CDU/CSU)	24869 C		
Volker Kröning (SPD)	24871 B		

rechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes nach der Föderalismusreform (Drucksachen 16/12409, 16/13209) ..	24908 B
– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der zivilrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes nach der Föderalismusreform (Drucksachen 16/12882, 16/13209) ..	24908 C
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Antrag der Abgeordneten Elisabeth Scharfenberg, Britta Haßelmann, Nicole Maisch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Betreutes Wohnen für ältere Menschen – Qualitätskriterium Nutzerorientierung (Drucksachen 16/12309, 16/13209) ..	24908 C
Markus Grübel (CDU/CSU) ..	24908 D
Angelika Graf (Rosenheim) (SPD) ..	24912 B
Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE) ..	24913 C
Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	24914 B
Wolfgang Spanier (SPD) ..	24915 C

Tagesordnungspunkt 40:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien zu dem Antrag der Abgeordneten Christoph Waitz, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Inoffizielle Stasi-Mitarbeiter in Bundesministerien, Bundesbehörden und Bundestag enttarnen – Aufarbeitung des Stasi-Unrechts stärken (Drucksachen 16/9803, 16/12982) ..	24917 A
Maria Michalk (CDU/CSU) ..	24917 A
Christoph Waitz (FDP) ..	24918 D
Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU) ..	24919 B
Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD) ..	24920 D
Christoph Waitz (FDP) ..	24921 C
Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	24922 C
Christoph Waitz (FDP) ..	24922 D
Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE) ..	24923 A
Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	24923 D

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP) ..	24924 D
Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	24925 B

Zusatztagesordnungspunkt 8:

Antrag der Bundesregierung: Anpassung des Einsatzgebietes für die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias (Drucksache 16/13187) ..	24925 D
Dr. h. c. Gernot Erler, Staatsminister AA ..	24926 A
Dr. Rainer Stinner (FDP) ..	24927 A
Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister BMVg ..	24928 A
Dr. Rainer Stinner (FDP) ..	24929 C
Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister BMVg ..	24929 D
Dr. Norman Paech (DIE LINKE) ..	24930 A
Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	24930 D

Tagesordnungspunkt 42:

Bericht des Rechtsausschusses gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung zu dem von den Abgeordneten Jan Korte, Petra Pau, Ulla Jelpke, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (2. NS-AufhGÄndG) (Drucksachen 16/3139, 16/13032) ..	24931 D
Jan Korte (DIE LINKE) ..	24932 A
Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU) ..	24933 A
Dr. Carl-Christian Dressel (SPD) ..	24933 D
Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	24935 C

Tagesordnungspunkt 41:

a) Antrag der Abgeordneten Ingbert Liebing, Ulrich Adam, Peter Albach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Kurt Bodewig, Franz Thönnies, Dr. h. c. Gerd Andres, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: Ostseestrategie voranbringen und unterstützen (Drucksache 16/13171) ..	24936 B
--	---------

- (A) ist eine Daueraufgabe und nicht nur in solchen Situationen nötig.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Schuldenbegrenzung auch ohne eine solche rigide Regelung im Grundgesetz möglich ist, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Der richtige Weg ist, eine allgemeine Regelung im Grundgesetz zu verankern, gleichzeitig Kooperationsmöglichkeiten von Bund, Ländern und Kommunen zu öffnen und das Nähere einfachgesetzlich zu regeln. Das würde dem Gesetzgeber in Zukunft ermöglichen, einfacher und schneller auf neue Entwicklungen zu reagieren.

Darum kann ich dem Gesetz bei allem Respekt gegenüber der Mehrheitsentscheidung meiner Fraktion nicht zustimmen.

Anlage 12

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Dr. Stephan Eisel (CDU/CSU) zu der Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Inoffizielle Stasi-Mitarbeiter in Bundesministerien, Bundesbehörden und Bundestag enttarnen – Aufarbeitung des Stasi-Unrechts stärken (Tagesordnungspunkt 40)

Ich unterstütze das Anliegen der FDP, die Aufklärung über die Tätigkeit von inoffiziellen und offiziellen Mitarbeitern der Stasi in öffentlich-rechtlichen Beschäftigungsverhältnissen voranzutreiben. Es trifft zu, dass diese Aufklärung bisher nicht im erforderlichen Maße erfolgt ist. Wir sind gefordert, diesen Mangel zu beseitigen. Aus Respekt vor der Wahrheit, der jüngsten deutschen Geschichte, den Opfern der SED und der für die Ausübung hoheitlicher Befugnisse notwendigen Glaubwürdigkeit ist die Aufklärung unverzichtbar. Dabei haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine Vorbildfunktion, auch soweit es um sich selbst geht.

Neben den Forderungen, die ich befürworte, verlangen die Antragsteller allerdings auch eine Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dieses Gesetz wurde erst in dieser Legislaturperiode geändert. Im diesbezüglichen Gesetzgebungsverfahren haben die Antragsteller darauf verzichtet, den in ihrem Antrag ausgesprochen Wunsch nach einer „Flexibilisierung“ der Regeln für die Überprüfung von Beamten und Angestellten der Bundesministerien und -behörden zu äußern, und dies aus gutem Grund; anderenfalls hätte nämlich erläutert werden müssen, was mit einer solchen „Flexibilisierung“ konkret gemeint ist. Aktuell bleiben die Antragsteller diese Erläuterung in ihrem Antrag schuldig; offenbar deshalb, weil sie unter den Rahmenbedingungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland auch nicht zu erbringen ist.

Wer, dies wissend, nun das Stasi-Unterlagen-Gesetz aufschneiden will, um es einem absehbar ergebnislosen Streit zu überantworten, der sich um die Flexibilisierung von Regeln dreht, für die nur noch fragmentarische politische Gestaltungsspielräume bestehen, der schadet dem erklärten Ziel des Antrages, anstatt ihm zu nützen. Wer sich mit diesem politischen Ziel tatsächlich identifiziert,

kann also nicht anders, als den vorgeschlagenen Weg, es zu erreichen, abzulehnen. (C)

Ich unterstütze nachdrücklich, alle sinnvollen Bemühungen, die zu mehr Transparenz über die Tätigkeit der Stasi in der Zeit bis 1990 in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sowie ihre Nachwirkungen auf das vereinigte Deutschland führen. Mit gleicher Konsequenz werde ich mich stets Bestrebungen entgegenstellen, die entweder gewollt oder ungewollt von diesem Ziel ablenken.

Deshalb lehne ich den Antrag der FDP ab.

Anlage 13

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Rainer Fornahl, Gunter Weißgerber und Dr. h. c. Gerd Andres (alle SPD) sowie Manfred Kolbe (CDU/CSU) zu der Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Inoffizielle Stasi-Mitarbeiter in Bundesministerien, Bundesbehörden und Bundestag enttarnen – Aufarbeitung des Stasi-Unrechts stärken (Tagesordnungspunkt 40)

Eine umfassende Aufklärung über die Tätigkeit von inoffiziellen und offiziellen Mitarbeitern des Ministerium für Staatssicherheit (MfS)/Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) der DDR in öffentlich-rechtlichen Beschäftigungsverhältnissen der Bundesrepublik Deutschland sowie im Deutschen Bundestag bis zum Jahre 1990 ist aus Respekt vor der historischen Wahrheit, der jüngsten deutschen Geschichte, den Opfern des DDR-Regimes und der für die Ausübung hoheitlicher Befugnisse notwendigen Autorität und Integrität unverzichtbar. (D)

Diese Aufklärung ist bisher nicht in dem erforderlichen Ausmaß geschehen. Es besteht umfassender Handlungsbedarf. Deshalb ist das Grundanliegen des Antragstellers uneingeschränkt zu begrüßen, ja, zu unterstützen.

Die fehlende umfassende Aufklärung und Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Westdeutschlands führt zur Bagatellisierung des Bespitzelungs- und Unterdrückungsapparates MfS/AfNS und spielt damit den Apologeten der DDR in die Hände.

Aktuelle Erkenntnisse eines Aktenfundes im Bereich der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) machen deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Mit dem vorliegenden Antrag der FDP wird in diesem Sinne ein wichtiges politisches Signal gesetzt.

Inwieweit die Vorschläge zur Realisierung („Flexibilisierung der Arbeit des BStU“) in diesem Kontext uneingeschränkt umsetzbar sind, ist dabei nicht entscheidend. Es wird zumindest ein Vorschlag gemacht, der die inakzeptable Unterscheidung der Menschen in Ost und West hinsichtlich der MfS-Problematik aufzubrechen hilft.

Die Begründung der Ablehnung des Antrages durch die Koalition orientiert sich an formaljuristischen Be-

- (A) denken und kapituliert vor den Schwierigkeiten der Problemlösung.

Eine Alternative wird nicht angeboten. Das ist auch ein politisches Signal. Aus unserer Sicht aber genau das falsche. Wir unterstützen bei durchaus vorliegenden Bedenken bezüglich einiger Einzelaspekte des Antrages die richtige politische Willensbekundung und werden deshalb die Beschlussempfehlung des Ausschusses Kultur und Medien ablehnen und damit dem FDP-Antrag zustimmen.

Anlage 14

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Günter Baumann, Dr. Peter Jahr und Katharina Landgraf (alle CDU/CSU) zu der Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Inoffizielle Stasi-Mitarbeiter in Bundesministerien, Bundesbehörden und Bundestag enttarnen – Aufarbeitung des Stasi-Unrechts stärken (Tagesordnungspunkt 40)

Die ständige Aufklärung über die Tätigkeit von inoffiziellen und offiziellen Mitarbeitern in öffentlich-rechtlichen Beschäftigungsverhältnissen aus Respekt vor der Wahrheit, der jüngsten deutschen Geschichte, den Opfern der SED, der für die Ausübung hoheitlicher Befugnisse notwendigen Autorität ist unverzichtbar. Es trifft zu, dass diese Aufklärung bisher nicht im erforderlichen Maße erfolgt ist. Wir sind gefordert, diesen Mangel zu beseitigen. Das Anliegen der Antragsteller ist daher uneingeschränkt zu begrüßen.

(B)

Die historische Beurteilung der Ausgangssituation im Herbst 1989 weist jedoch mehrere Fehleinschätzungen auf, die keinesfalls mitgetragen werden können; so zum Beispiel die Behauptung, dass mit dem Fall der Mauer „zugleich“ die Aufarbeitung des SED-Unrechts begonnen hätte. Ebenso wird die Besetzung von Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit in vielen Orten der DDR ungerechtfertigt mit der Erstürmung der Stasizentrale in der Berliner Normannenstraße Mitte Januar 1990 gleichgesetzt.

Neben einigen Forderungen, die auch ich befürworte, verlangen die Antragsteller die Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass das Gesetz erst in der 16. Legislaturperiode geändert worden ist. Im diesbezüglichen Gesetzgebungsverfahren hatten die Antragsteller darauf verzichtet, den in ihrem Antrag ausgesprochen Wunsch nach einer „Flexibilisierung“ der Regeln für die Überprüfung von Beamten und Angestellten der Bundesministerien und -behörden zu äußern. Im vorliegenden Antrag werden die Flexibilisierungsforderung und die damit zusammenhängenden Folgen nicht näher erläutert.

Neben den offenkundigen Defiziten des Antrages sollten bei der derzeitigen und kommenden Behandlung der Gesamtproblematik die neuesten Erkenntnisse aus der Arbeit der Birthler-Behörde insbesondere im Blick auf die Stasibelastung von Menschen aus den alten Bundesländern vom Gesetzgeber beachtet werden. Die Er-

kenntnisse über das Wirken des Staatssicherheitsdienstes im Bereich der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1990 bestätigen die tatsächliche gesamtdeutsche Betroffenheit. Deshalb sind entsprechende gesetzgeberische Konsequenzen nötig, die die Aufarbeitung der Problematik optimieren und somit das Wirken der Birthler-Behörde nachhaltig unterstützen. Der vorliegende Antrag kann aufgrund seiner Begrenzung und der genannten Defizite dazu nicht beitragen. Wir brauchen deshalb weitergehende Regelungen, die seitens der Unionsparteien vorgeschlagen werden sollten.

Wir sind entschlossen, heute und in Zukunft alle sinnvollen Bemühungen zu unterstützen, die zu mehr Transparenz über die Tätigkeit der Stasi in der Zeit bis 1990 und ihre Nachwirkungen auf das vereinigte Deutschland führen. Mit gleicher Konsequenz werden wir uns stets Bestrebungen entgegenstellen, die entweder gewollt oder ungewollt von diesem Ziel ablenken.

Deshalb lehnen wir den Antrag der FDP ab.

Anlage 15

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Antje Blumenthal, Veronika Bellmann, Dr. Christoph Bergner, Klaus Brähmig, Monika Grütters, Manfred Grund, Jens Koeppen, Michael Kretschmer, Andreas G. Lämmel, Dr. Michael Luther, Ulrich Petzold, Eckhardt Rehberg, Katherina Reiche (Potsdam), Ingo Schmitt (Berlin), Michael Stübgen, Arnold Vaatz, Volkmar Uwe Vogel und Kai Wegner (alle CDU/CSU) zu der Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Inoffizielle Stasi-Mitarbeiter in Bundesministerien, Bundesbehörden und Bundestag enttarnen – Aufarbeitung des Stasi-Unrechts stärken (Tagesordnungspunkt 40)

(D)

Aufklärung über die Tätigkeit von inoffiziellen und offiziellen Mitarbeitern in öffentlich-rechtlichen Beschäftigungsverhältnissen aus Respekt vor der Wahrheit, der jüngsten deutschen Geschichte, den Opfern der SED und der für die Ausübung hoheitlicher Befugnisse notwendigen Autorität ist unverzichtbar.

Es trifft zu, dass diese Aufklärung bisher nicht im erforderlichen Maße erfolgt ist. Wir sind gefordert, diesen Mangel zu beseitigen. Das Anliegen des Antragstellers ist daher uneingeschränkt zu begrüßen.

Neben einigen Forderungen, die auch ich befürworte, verlangen die Antragsteller zu diesem Zweck eine Novelle des Stasi-Unterlagengesetzes.

Das Stasi-Unterlagengesetz wurde erst in dieser Legislaturperiode geändert. Im diesbezüglichen Gesetzgebungsverfahren hatten die Antragsteller darauf verzichtet, den in ihrem Antrag ausgesprochen Wunsch nach einer „Flexibilisierung“ der Regeln für die Überprüfung von Beamten und Angestellten der Bundesministerien und -behörden zu äußern, und dies aus gutem Grund; an-